Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 25 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 8 — Sonntag, den 10. Januar 1932 — 27. Jahrgang

Die Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl

Vor der Entscheidung — Zunächst noch Fühlungnahme zwischen Hitler und Hugenberg

In der Schwebe

Berlin, 8. Januar. Die Aussichten der parlamentarischen Aktion zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten unterliegen in politischen Kreisen einer verschiedenartigen Beurteilung. Während man einerseits noch an der von uns bereits gemeldeten Einstellung festhält, daß die Wahrscheinlichkeit einer großen parlamentarischen Front von Hitler bis Breitscheid ziemlich gering zu bewerten sei, wird von anderer Seite darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten in der gestrigen Besprechung mit dem Reichskanzler dem Vernehmen nach keine formellen Bedingungen gestellt haben sollen, sondern daß sie lediglich einige Wünsche und Forderungen vorgebracht haben.

Dieser Unterschied ist wichtig, weil die Sozialdemokraten ihre Haltung davon abhängig machen, daß keine „Bedingungen" gestellt werden dürfen. Die Forderungen der Nationalsozialisten beziehen sich einmal auf eine baldige Neuwahl des Reichstages, weil nach dem Standpunkt dieser Partei der gegenwärtige Reichstag nicht mehr dem Volkswillen entspricht. Allerdings wäre diese Forderung natürlich nicht mehr vor der Reichspräsidentenneuwahl durchzuführen, sondern eine parlamentarische Aktion in der Reichspräsidentenfrage müßte noch vom jetzigen Reichstag erledigt werden. Weiterhin wünschen die Nationalsozialisten vom Kanzler die Anerkennung der Legalität der NSDAP., ein Wunsch, der angesichts der zahlreichen Erklärungen, die von der Leitung dieser Partei abgegeben wurden, wohl unschwer zu erfüllen wäre. Die Forderungen, die sich auf Preußen erstrecken, scheinen etwas in den Hintergrund getreten zu sein, sodaß angesichts dieser Sachlage in manchen politischen Kreisen in Berlin heute eine etwas optimistischere Beurteilung der Angelegenheit zu verzeichnen ist.

Es hängt allerdings alles weitere von der Besprechung ab, die Hitler mit Hugenberg am heutigen Sonnabend haben wird, und der Widerstand auf deutschnationaler Seite scheint stärker zu sein als der bei den Nationalsozialisten. Die Besprechungen Hitlers in Berlin haben sich im übrigen nicht nur auf die Regierungsmitglieder beschränkt, sondern Hitler hat auch mit mehreren Persönlichkeiten aus parlamentarischen Kreisen Fühlung genommen. Außerdem sind aus München führende Nationalsozialisten eingetroffen, sodaß im Hotel Kaiserhof zahlreiche Unterredungen stattfinden. An der morgigen Besprechung Hitlers mit Hugenberg werden auch Vertreter des Stahlhelm beteiligt sein.

Der Reichskanzler, der gestern mit Hitler und den Führern der Sozialdemokraten verhandelt hat, wird heute die Führer der bürgerlichen Mittelparteien empfangen, um mit ihnen über dieses Problem zu sprechen. Der Besuch Hugenbergs beim Reichskanzler kann erst am Sonnabend stattfinden, da Hugenberg noch von Berlin abwesend ist. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß eine Entscheidung der ganzen Frage schon am Sonnabendabend fällt, weil dann sämtliche Parteien vom Kanzler über ihre Meinung befragt worden sind und weil dann auch die Fraktion der Deutschnationalen bereits getagt hat. Sollte eine solche Entscheidung tatsächlich bereits erzielt werden, so würde der Aeltestenrat des Reichstages am Dienstag eventuell den Beschluß fassen können, den Reichstag für übernächste Woche einzuberufen, damit er in einer ganz kurzen Sitzung lediglich dem verfassungsändernden Entwurf über die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs zustimmen kann. Ob diese Erwartungen sich verwirklichen, ist aber noch vollkommen von dem Verlauf der weiteren Besprechungen abhängig, und es muß ausdrücklich betont werden, daß diese Auffassung vorläufig nur von besonders optimistisch eingestellten Kreisen vertreten wird.

Die Deutschnationalen und die Reichspräsidentenfrage

Berlin, 8. Jan. Die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis Berlin veranstaltete heute abend acht große Kundgebungen. Im Nationalhof sprach der Pressechef der Deutschnationalen Volkspartei, Brosius, der sich vor allem mit den Erörterungen über die Frage der Amtsverlängerung des Reichspräsidenten beschäftigte. Er führte aus, daß die Besprechungen am Sonnabend und die Beratungen der Deutschnationalen Reichstagsfraktion die endgültige Entscheidung bringen würden. Heute aber müsse schon gesagt werden, wenn die Regierung ihr Vorgehen damit begründe, daß sie eine Reichspräsidentenwahl während der außenpolitischen Verhandlungen vermeiden wolle, dann hätte sie diesen Schritt drei Monate früher unternehmen sollen, ehe die außenpolitischen Verhandlungen schwebten. Heute müsse ein solcher Schritt als eine Vertrauenskundgebung für die Regierung Brüning angesehen werden. Die Regierung wisse aber ganz genau, daß die Deutschnationalen und die gesamte nationale Opposition dies Vertrauen zu ihr nicht hätten. Die Regierung würde der Nation einen größeren Dienst erweisen, wenn sie noch vor der Konferenz von Lausanne zurücktreten würde. Die Ausführungen der Redner in den anderen Versammlungen gipfelten in einer scharfen Polemik gegen die Notverordnungspolitik der Reichsregierung und in der Forderung, daß bei den kommenden Verhandlungen keine „Zwischenlösung" angenommen werden dürfe.

Prälat Kaas über die Reparationsfrage und die Reichspräsidentenwahl

Vechta (Oldenburg), 8. Jan. Im Rahmen des Vertretertages der Oldenburgischen Zentrumspartei machte Prälat Kaas Ausführungen über die Methoden des deutschen Kampfes um die Anbahnung der endgültigen reparationspolitischen Lösung. Die Methodik des bisherigen Kampfes, so sagte Kaas, galt der moralischen Vorbereitung des Kampffeldes. Nun gilt es, diese moralische Eroberung auszuweiten zu praktischen und endgültigen Ergebnissen. Die zerstörerischen Wirkungen der hartnäckigen französischen Tributpolitik sind heute nicht nur in Deutschland, sondern im Gefüge der Weltwirtschaft so offenbar, daß die Aussichten für ein Gelingen der reparationspolitischen Durchbruchsschlacht heute stärker sind als in der Vergangenheit.

Kaas ging auch auf die Frage der Reichspräsidentenwahl ein und unterstrich mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Heraushebung dieser für die innen- und außenpolitische Entwickelung äußerst bedeutsamen Frage aus den Niederungen parteipolitischer Behandlung und Interessen.

Der „Völkische Beobachter" zu den Berliner Besprechungen

München, 8. Januar. Im „Völkischen Beobachter" wird betont, in politischen Kreisen erblicke man in der gestrigen Unterredung des Reichskanzlers mit Hitler die Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorübergehen könne, zumal eine so wichtige Frage, wie sie in den Besprechungen angeschnitten wurde, ohne die NSDAP. nicht zu entscheiden sei. Zu den Auslassungen des „Vorwärts" bemerkt der „Völkische Beobachter": Daß die Verlängerung des verfassungswidrigen Zustandes, der die fortgesetzten Verfolgungen der NSDAP. durch rote Länderregierungen erlaubt, im Sinne der Wünsche der Sozialdemokratie liegt, glauben wir gern. Aber wir glauben nicht, daß das der Sinn einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten sein kann. Der „Vorwärts" müßte anerkennen, daß jede nationalsozialistische Zusage zunächst einmal die Wiederherstellung gleicher verfassungsmäßiger Rechte für alle politischen Parteien zur mindesten Voraussetzung haben müsse.

Lex Hindenburg

Berlin, 8. Januar. Wie der Demokratische Zeitungsdienst berichtet, soll es sich bei dem von der Reichsregierung vorzulegenden Gesetzentwurf nicht um eine formelle Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten, sondern vielmehr um eine Neuwahl durch den Reichstag handeln. Es war zwar bisher davon die Rede, daß die Amtsdauer Hindenburgs lediglich um ein oder zwei Jahre verlängert werden soll, um eine Neuwahl während der Krisenzeit zu vermeiden, aber nach diesen Mitteilungen hat man die Form gewählt, einen Gesetzentwurf über eine Neuwahl mit der vollen siebenjährigen Amtsdauer vorzulegen, wobei es dann der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten überlassen bleiben würde, zu welchem Zeitpunkt er eventuell von seinem Amte zurückzutreten gedenkt. Uebrigens soll damit natürlich keine grundsätzliche Aenderung der Verfassungsbestimmungen über die Neuwahl des Reichspräsidenten herbeigeführt werden, sondern es soll sich nur um einen Einzelfall, also um eine „Lex Hindenburg" handeln.

Der Demokratische Zeitungsdienst bestätigt ferner die bereits aus anderer Quelle wiedergegebene Nachricht, daß in den bisherigen Gesprächen zwischen Brüning und Hitler keinerlei formelle Bedingungen von nationalsozialistischer Seite gestellt worden seien, sondern daß es sich um Wünsche und Forderungen gehandelt habe.

Die Reichstagsfraktionen zur Reichspräsidentenfrage

Berlin, 8. Jan. Die Wirtschaftspartei trat heute zu einer Sitzung zusammen, die sich auch mit den Verhandlungen für eine etwaige Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten beschäftigte. Der Vorsitzende, Abgeordneter Mollath, erklärte unter allgemeiner Zustimmung, die Wirtschaftspartei würde es im außen- und innenpolitischen Interesse begrüßen, wenn die Bemühungen des Reichskanzlers in dieser Frage Erfolg hätten. Sie wird in ihrem Teile alle Schritte unterstützen, die zu dem Erfolg führen können, daß dem Reiche die in der jetzigen kritischen Zeit besonders wertvolle Führung durch den Reichspräsidenten von Hindenburg erhalten bleibt. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, deren Sitzung für Sonnabend einberufen ist, wird gleichfalls zu den Verhandlungen des Reichskanzlers in der Reichspräsidentenfrage Stellung nehmen. Der Parteiführer Dr. Hugenberg ist auf dem Wege nach Berlin. Die Sozialdemokraten werden voraussichtlich in der nächsten Woche eine Sitzung abhalten, in der der Vorstand über die Besprechungen mit dem Reichskanzler berichten wird. Es ist sicher damit zu rechnen, daß sie sich mit einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg einverstanden erklären unter der Voraussetzung, daß daran von anderen Parteien keine Bedingungen geknüpft werden bezw. daß die Reichsregierung zur Erreichung dieses Zieles keine politischen Bindungen anderen Parteien gegenüber eingeht. Die für Dienstag angesetzte Aeltestenratssitzung wird auf jeden Fall stattfinden. Es ist jedoch möglich, daß in dieser Sitzung noch keine Entscheidung über die Einberufung des Reichstages fällt, weil die Vorverhandlungen über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten vielleicht bis dahin noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Preußenwahl findet zum verfassungsmäßigen Termin statt

Berlin, 8 Januar. Ein Mitglied der Schriftleitung des WTB hat dem Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums, Dr. Weismann, die Frage vorgelegt, wie die preußische Staatsregierung zu den immer wieder auftauchenden Gerüchten stehe, es werde mit dem Gedanken einer Verschiebung der Preußenwahl gespielt. Dr. Weismann hat hierauf folgende Antwort gegeben: Artikel 13 der preußischen Verfassung lautet: Der Landtag wird auf vier Jahre gewählt. Die Neuwahl muß vor dem Ablauf dieser Zeit erfolgen. Da der derzeitige preußische Landtag am 20. Mai 1928 gewählt worden ist, steht fest, daß der neue Landtag vor dem 20. Mai 1932 gewählt werden muß. Die preußische Staatsregierung als Regierung eines demokratischen Staates hat niemals daran gedacht und denkt auch jetzt nicht daran, gegen diese klare Bestimmung der preußischen Verfassung zu verstoßen. Die Wahl wird zum verfassungsmäßigen Termin stattfinden.

Die Arbeit des Preisabbaukommissars

Ausdehnung der Preisauszeichnungspflicht

Berlin, 8 Januar. Wie wir erfahren, wird noch heute, spätestens aber morgen eine neue Verordnung des Reichskommissars veröffentlicht werden, in der die Ausdehnung der Preisauszeichnungspflicht auf alle lebenswichtigen Waren, insbesondere auf alle Lebensmittel, bestimmt wird.

Die Vertreter des Einzelhandels beim Reichskommissar

Berlin, 8. Jan. In einer Besprechung des Reichskommissars für Preisüberwachung mit Vertretern der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels über die unbedingt notwendigen Preissenkungsmaßnahmen erklärte sich der Einzelhandel bereit, den Reichskommissar auch weiterhin zu unterstützen durch Aufklärung der Verbraucher über die Bedeutung der Preissenkungsaktion und durch Preisauszeichnung der Waren — soweit nicht im einzelnen durch Anordnung vorgeschrieben. In der Frage der Preissenkung bei den Werktarifen, Steuern und Inseratenpreisen wies der Reichskommissar darauf hin, daß sich das Ausmaß der Senkung erst nach dem 10. Januar genauer werde übersehen lassen. Der Reichskommissar betonte, daß er eine Zusammenarbeit mit den Vertretungen des Einzelhandels im Interesse der schnellen Lösung der Preisprobleme begrüße.

Vor der Gesamtdemission des Kabinetts Laval

Paris, 8. Januar. Die gesamte Morgenpresse ist der Auffassung, Ministerpräsident Laval werde wahrscheinlich den Tod Maginots dazu benutzen wollen, dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts anzubieten. Diesem Schritt dürfte die Annahme zu Grunde liegen, daß Briand dann aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten werde. Der Präsident der Republik würde jedenfalls sicher wieder Laval mit der Neubildung des Kabinetts betrauen, um ihm so Gelegenheit zu geben, eine Konzentrationsregierung auf breiterer Grundlage zu bilden.

Der Rücktrittsentschluß Briands

Paris, 9. Januar. „Journal" und andere Blätter berichten, daß der Entschluß Briands, seine Demission zu geben, gestern